

Anfrage öffentlich	Datum 01.08.2023	Nummer F0226/23
Absender Fraktion AfD		
Adressat Oberbürgermeisterin Frau Simone Borris		
Gremium Stadtrat	Sitzungstermin 17.08.2023	
Kurtztitel Kosten für die Umsetzung des Beschlusses zu „Mehr Verkehrssicherheit auf der Berliner Chaussee,“		

Sehr geehrte Oberbürgermeisterin Borris,

der Stadtrat beschloss in seiner Sitzung am 26.06.2023 die Annahme des interfraktionellen Antrages „Mehr Verkehrssicherheit auf der Berliner Chaussee“ (A0067/23), mit welchem vorgeblich die Verkehrssicherheit für alle Verkehrsteilnehmer im Bereich zwischen Ortseingang Magdeburg und der Straße Am Hammelberg deutlich verbessert werden soll. Die im Antrag enthaltenen Maßnahmen sollen punktuell aber auch zum Teil über den gesamten Streckenverlauf umgesetzt werden. Laut Stellungnahme der Verwaltung (S0222/23) werden diese Maßnahmen im Wesentlichen als nicht zielführend beurteilt oder sogar bereits umgesetzt. Gemäß der Stellungnahme der Verwaltung (S0327/23) auf die Anfrage zum „Verkehrsunfallgeschehen im Bereich der Berliner Chaussee“ (F0194/23) kann es sich schon per Definition bei dem betreffenden Streckenabschnitt der Bundesstraße 1 nicht um eine Unfallhäufungsstelle (UHS) handeln. Dies ist auch anhand der Unfallzahlen nachvollziehbar. Als Strecken-UHS kann für das Jahr 2022 lediglich der Bereich Berliner Chaussee auf Höhe Ehlegrund benannt werden. Das ist der Streckenabschnitt, wo sich stadteinwärts die Fahrspuren von zwei auf eine reduziert (zwischen Ehlegrund und Zum Waldsee). Im Übrigen konnte bei keinem Verkehrsunfall mit Radfahrer- oder Fußgängerbeteiligung ein Überschreiten der zulässigen Höchstgeschwindigkeit durch motorisierte Unfallbeteiligte festgestellt werden.

Daher frage ich Sie:

1. Wie hoch sind ca. die voraussichtlichen Kosten für die Umsetzung der einzelnen Maßnahmen?
2. In welchem Zeitraum können diese Maßnahmen umgesetzt werden?
3. Unter welchen Voraussetzungen ist es möglich, die nunmehr in diesem Bereich zulässige Höchstgeschwindigkeit von 50 km/h dauerhaft weiter zu reduzieren? Gibt es vor dem Hintergrund des noch im Stadtrat zu beschließenden Antrages der „Kommunalen Initiative Lebenswerte Städte“ beizutreten, welcher von der Verwaltungsspitze unterstützt wird, seitens der Stadtverwaltung dazu entsprechende Überlegungen?

Hagen Kohl
Stadtrat